



Sozialdemokratische Partei
Aarau

Aarau, 16. Mai 2021

Postulat zur Intervention beim Regierungsrat betreffend Gemeindeautonomie bei der Einführung eines aktiven Wahl- und Stimmrechts auf kommunaler Ebene für die ausländische Bevölkerung

Antrag

Der Stadtrat wird eingeladen, mit dem Regierungsrat des Kantons Aargau bezüglich der beiden Motionen betreffend Einführung eines Wahl- und Stimmrechts auf kommunaler Ebene für Ausländerinnen und Ausländer (Nr. 21.55 und Nr. 21.56 eingereicht am 16.03.21 beim DVI) Kontakt aufzunehmen und die Motionen zur Entgegennahme zu empfehlen. Wenn erforderlich, sei dies zusammen oder zumindest in Absprache mit anderen Städten zu machen, welche dasselbe Ziel verfolgen.

Begründung

Die Stadt Aarau hat die Partizipation der ausländischen Stimmbevölkerung und die Schaffung einer rechtlichen Grundlage auf Kantonsebene zum Stimm- und Wahlrecht der ausländischen Bevölkerung auf Gemeindeebene bereits als Legislaturziel festgelegt (Legislaturziel 8, Demokratie). Im Jahresbericht sind als erforderliche Massnahmen die Konsolidierung des Bedarfs und der Stossrichtung und die Suche nach Partnern (Regionen, andere Städte und Institutionen) aufgelistet sowie die Prüfung der Umsetzungsvarianten und die Einbringung der favorisierten Variante beim Kanton. Die Konsolidierung und Priorisierung sei gemäss Jahresbericht 2020 aber wegen dem Corona-Virus verschoben worden. Es ist nicht bekannt, ob diesbezüglich im Jahr 2021 bis heute weitere Schritte unternommen wurden.

Nun wurden im Grossen Rat zwei Vorstösse eingereicht, welche den Regierungsrat beauftragen wollen, die kantonalen Rechtsgrundlagen zu ändern, damit das fakultative Wahl- und Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene eingeführt werden kann. Es besteht jetzt also eine reelle Chance, das Legislaturziel, auch ohne eigenen Vorschlag, zu erreichen und die Gemeindeautonomie diesbezüglich auszubauen. Der Stadtrat sei daher einzuladen diese einmalige Chance zu nutzen und zur Erreichung des Legislaturziels beim Regierungsrat zu intervenieren.

Für die SP-Fraktion,



Nora Maria Riss